

Accepted at Wirtschaftsdienst

## Öffentlich geförderte Kinderbetreuung ohne Zielkonflikt

Stefan Bauernschuster und Anita Fichtl

Öffentlich geförderte Kinderbetreuung, vor allem für Kinder unter 3 Jahren, bietet seit Jahren gesellschaftlichen und politischen mitunter hitzigen Diskussionsstoff. Betrachtet man die internationale Forschung und berücksichtigt die spezifisch deutschen Verhältnisse der letzten Jahrzehnte – traditionell geringe Müttererwerbstätigkeit, keine nennenswerte Verfügbarkeit von staatlich geförderten Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 sowie kein privater Markt für Kinderbetreuung – lassen sich für Deutschland besonders starke Effekte des Ausbaus von Kindertagesbetreuungsarrangements erwarten. Der folgende Beitrag fokussiert auf die Wirkungen öffentlich geförderter Kinderbetreuung auf unterschiedliche familienpolitische Ziele und ordnet sie in den aktuellen politischen Kontext ein.

### Politischer Konsens: Weiterer Ausbau der öffentlich geförderten Kinderbetreuung

Im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2013 haben CDU/CSU und SPD in ihren Wahlprogrammen noch unterschiedliche familienpolitische Positionen vertreten. Die Schwesternparteien kündigten an, das Kindergeld ebenso wie den Kinderzuschlag erhöhen und am Betreuungsgeld festhalten zu wollen.<sup>1</sup> Die SPD versprach ihren Wählern ein einkommensabhängiges „sozial gestaffeltes Kindergeld“, das das Kindergeld für Familien mit kleineren bis mittleren Einkommen erhöhen sollte, und die Abschaffung des „bildungsfeindlichen Betreuungsgelds“.<sup>2</sup> Bei Kinderbetreuungsangeboten zielten die Pläne der beiden Parteien – mit zwar unterschiedlichen Ausgestaltungsvorschlägen – zumindest in die gleiche Richtung. Mittlerweile haben CDU/CSU und SPD einen Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode 2013-2017 beschlossen, mit dem sie „Deutschlands Zukunft gestalten“ wollen. Während im Abschnitt „Familie stärken“ die Worte „Kindergeld“

---

<sup>1</sup> Vgl. CDU/CSU Regierungsprogramm 2013-2017 „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland“, S. 38 f.

<sup>2</sup> Vgl. SPD Regierungsprogramm 2013-2017 „Das WIR entscheidet“, S. 53 f.

und „Betreuungsgeld“ nicht mehr vorkommen, bleibt die Kindertagesbetreuung auf der politischen Agenda. Die Qualität der Kindertagesbetreuung soll laut Koalitionsvertrag verbessert werden, etwa durch Bundesprogramme, die bspw. die gezielte Sprachförderung von Kleinkindern durch spezialisierte Fachkräfte beinhalten. Außerdem soll die Ganztagsbetreuung in Kindertageseinrichtungen schrittweise ausgebaut werden. Für den weiteren Ausbau der Kita-Plätze wird konkret ein drittes Investitionsprogramm „zur weiteren Realisierung des Rechtsanspruchs U3“<sup>3</sup> angekündigt.

### **Ziele der deutschen Familienpolitik**

Die Politik hat vier Zielkategorien definiert, anhand derer ehe- und familienpolitische Maßnahmen in Deutschland zu bewerten sind: die Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität der Familien, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Erfüllung von Kinderwünschen, das Wohlergehen der Kinder.<sup>4</sup> Durch diese klare Vorgabe von Zielen wird es erst ermöglicht, familienpolitische Leistungen auf den Grad ihrer Wirksamkeit hin zu untersuchen und mögliche Zielkonflikte zu identifizieren.<sup>5</sup> Im Rahmen der sogenannten Gesamtevaluation der ehe- und familienpolitischen Leistungen in Deutschland untersuchten Wissenschaftler die wichtigsten familienpolitischen Leistungen und ihre (Wechsel-)Wirkungen. In insgesamt elf Studien, an denen sowohl Juristen, Politologen, Soziologen, Psychologen als auch Ökonomen beteiligt waren, wird ein detailliertes Bild von den Wirkungen zentraler ehe- und familienpolitischer Leistungen - etwa Elterngeld, Kindergeld, öffentlich geförderte Kinderbetreuung – auf die genannten Ziele gezeichnet.

### **Öffentlich geförderte Kinderbetreuung verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die wirtschaftliche Stabilität von Familien**

---

<sup>3</sup> Vgl. hierzu Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD „Deutschlands Zukunft gestalten“, S. 97 f.

<sup>4</sup> Weitere Ziele sind der Nachteilsausgleich zwischen den Familien und der Zusammenhalt zwischen den Generationen. Diese werden hier nicht näher betrachtet.

<sup>5</sup> Eine Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Gesamtevaluation und daraus folgender Lehren für die Familienpolitik ist zu finden bei: H. Bonin, A. Fichtl, H. Rainer, K.C. Spieß, H. Stichnoth, K. Wrohlich, "Lehren für die Familienpolitik – Zentrale Resultate der Gesamtevaluation familienbezogener Leistungen", *ifo Schnelldienst* 66 (18), 2013, 22-30.

In den letzten Jahren haben viele internationale Studien positive Effekte von öffentlich geförderter Kinderbetreuung auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachgewiesen.<sup>6</sup> Betrachtet man die Studien genauer, so lässt sich aus ihnen ableiten, dass für Deutschland substantielle Effekte des Ausbaus öffentlich geförderter Kinderbetreuung zu erwarten sind, da das Ausgangsniveau der Betreuungsquoten für unter 3-Jährige im internationalen Vergleich extrem niedrig ist, kaum ein privater Markt für Kinderbetreuung existiert und auch die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit kleinen Kindern auf einem niedrigen Ausgangsniveau liegt.

Die Ergebnisse der ifo-Studie zur Kinderbetreuung bestätigen genau diese Vermutung. Sie zeigen, dass die vermehrte Verfügbarkeit von Betreuungsangeboten tatsächlich zu einer höheren Arbeitsmarktbeteiligung von Müttern führt. Dem Betreuungsangebot für unter 3-jährige Kinder kommt dabei eine große Bedeutung zu. Konkret liegt die Wahrscheinlichkeit zu arbeiten bei Müttern mit Krippenplatz für ihr jüngstes Kind um 35,5 Prozentpunkte höher als bei Müttern, die keine externe Betreuungsmöglichkeit für ihr Kind in Anspruch nehmen (können). Dabei nehmen die Mütter überwiegend eine Teilzeitarbeit auf und verdienen dadurch monatlich durchschnittlich 360 Euro netto mehr als Mütter ohne Krippenplatz, wodurch sich insgesamt auch die wirtschaftliche Situation in ihren Familien verbessert.<sup>7</sup>

Sehr ähnliche Effekte findet man auch im Kindergartenbereich. Um sicher zu stellen, dass externe Kinderbetreuung tatsächlich zu höherer Arbeitsmarktbeteiligung der Mütter führt und nicht die Arbeitsmarktbeteiligung der Mütter „nur“ zu erhöhter Inanspruchnahme von Kinderbetreuung, wird in weiterführenden Analysen die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz im Jahr 1996 genauer betrachtet. Stichtagsregeln führten damals dazu, dass manche Kinder nicht unmittelbar nach ihrem dritten Geburtstag einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz hatten, sondern im Extremfall erst ein knappes Jahr später, also kurz vor ihrem vierten

---

<sup>6</sup> Ein Literaturüberblick über Effekte von Kinderbetreuung auf die Arbeitsmarktbeteiligung von Müttern ist zu finden bei: W. Auer, S. Bauernschuster, N. Danzer, A. Fichtl, T. Hener, C. Holzer, H. Rainer, J. Reinkowski, M. Werding), "Öffentlich geförderte Kinderbetreuung in Deutschland: Evaluierung der Auswirkungen auf die Arbeitsmarktbeteiligung von Müttern", *ifo Schnelldienst* 66 (07), 2013, 31-40.

<sup>7</sup> Vgl. H. Rainer, S. Bauernschuster, S. Auer, N. Danzer, M. Hancioglu, B. Hartmann, T. Hener, C. Holzner, N. Ott, J. Reinkowski, M. Werding (2013), Kinderbetreuung, ifo Forschungsbericht Nr. 59, ifo Institut, München.

Geburtstag. Auf Basis dieser einem Experiment ähnlichen Situation kann festgestellt werden, dass die kausale Wirkungsrichtung tatsächlich von der Kinderbetreuung zur Arbeitsmarktbeteiligung der Mütter führt, d.h. dass viele Mütter ohne öffentlich geförderten Betreuungsplatz keiner Erwerbsarbeit nachgehen könnten.<sup>8</sup>

Im Bereich der Kleinkindbetreuung hat die Politik in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, ein ausreichendes Angebot an Betreuungsplätzen bereitzustellen. Die durchschnittliche bundesweite Betreuungsquote von Kindern unter 3 Jahren ist von 12,1 Prozent im Jahr 2006 auf 29,3 Prozent im Jahr 2013 gestiegen.<sup>9</sup> Allerdings hinkt das Angebot an Betreuungsplätzen noch immer der Nachfrage hinterher. Das Deutsche Jugendinstitut München ermittelte zuletzt 2012 einen Betreuungsbedarf von bundesdurchschnittlichen 39,4 Prozent.<sup>10</sup> Insgesamt kann das Angebot an Kita-Plätzen oder an Plätzen bei Tagesmüttern/Tagesvätern momentan die Nachfrage nach diesen Plätzen nicht decken, vor allem nicht in Ballungsräumen und großen Städten. Erst wenn der Ausbau soweit fortgeschritten ist, dass sich ein Angebotsmarkt für die öffentlich geförderte Betreuung für Kinder unter 3 Jahren entwickelt hat – also jeder gewünschte Betreuungsplatz auch zur Verfügung steht –, kann der Rechtsanspruch überall zufriedenstellend erfüllt werden. Für Kindergartenkinder stehen hingegen bereits ausreichend Plätze zur Verfügung. Über 90 Prozent der 3-6-Jährigen besuchen heute einen Kindergarten und die Eltern können weitgehend frei wählen, wie viele Stunden pro Tag ihre Sprösslinge betreut werden.

### Schulkinder nicht vergessen

Schwierigkeiten mit der Betreuungssituation entstehen in Deutschland allerdings erneut, wenn das Kind vom Kindergarten in die Grundschule übertritt. Das deutsche Grundschulsystem kennt zu einem großen Teil Unterrichtszeiten von 08.00 Uhr bis mittags, manchmal enden Schultage bereits um 11.20 Uhr. Im letzten Jahrzehnt sind zwar Ganztagsbetreuungsplätze für Schulkinder systematisch ausgebaut worden – der Bund stellte dafür im Rahmen des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und

---

<sup>8</sup> Vgl. S. Bauernschuster, M. Schlotter (2013), Public Child Care and Mothers' Labor Supply - Evidence from Two Quasi-Experiments, CESifo Working Paper Nr. 4191.

<sup>9</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 315 vom 18.09.2013, Stichtag 1. März 2013.

<sup>10</sup> Vgl. Deutsches Jugendinstitut München, Erste Befunde der DJI-Länderstudie im Rahmen der KIFÖG-Evaluation, November 2012.

Betreuung“ von 2003 - 2009 insgesamt 4 Milliarden Euro zur Verfügung.<sup>11</sup> Dennoch standen im Jahr 2011 nur für gut ein Viertel (26,2 Prozent) der Grundschul Kinder und für etwa 30 Prozent aller Schüler Ganztagsplätze in offener oder gebundener Form zur Verfügung.<sup>12</sup>

Die Ergebnisse der ifo-Kinderbetreuungsstudie zeigen, dass Betreuungsangebote für Schulkinder in Ganztagschulen oder Horten zu einer Vertiefung der Arbeitsmarktintegration von Müttern führen. Mütter, die einen Ganztagsbetreuungsplatz für ihr jüngstes Schulkind haben, weiten ihre Wochenarbeitszeit im Mittel um etwa 4 Stunden pro Woche aus, was mit positiven Einkommenseffekten von etwa 150 Euro netto pro Monat verbunden ist.<sup>13</sup> Auch im Schulbereich liegt also vermutlich ein hohes Potential, um das Familien- und Berufsleben für Mütter zu verbessern. Diese Einschätzung wird auch durch Umfragen bestätigt, in denen sich 70 Prozent der Eltern einen Ganztagsschulplatz für ihr Kind wünschen.<sup>14</sup>

### **Öffentlich geförderte Kinderbetreuung wirkt positiv auf die Erfüllung von Kinderwünschen**

In der internationalen Forschung gibt es bisher wenige Studien zum Effekt öffentlich geförderter Kinderbetreuung auf die Fertilitätsrate. Existierende Studien aus Skandinavien weisen jedoch darauf hin, dass die öffentliche Förderung von Betreuungsangeboten die Fertilitätsrate durchaus positiv beeinflussen kann.<sup>15</sup> Auch die ifo-Studie zur Kinderbetreuung hat sich mit der Frage beschäftigt, ob sich öffentlich geförderte Kinderbetreuung für unter 3-jährige Kinder auf die Geburtenrate auswirkt.

---

<sup>11</sup> Weitere schulpolitische Initiativen des Bundes, wie ein zweites Bundes-Ganztagsschulprogramm, sind durch das 2006 eingeführte Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern (Art. 104b Abs. 1 GG) zurzeit nicht möglich.

<sup>12</sup> Vgl. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (2013): Allgemein bildende Schulen in Ganztagsform in den Ländern in der Bundesrepublik Deutschland - Statistik 2007 bis 2011, Tabelle 3.1.1 und 3.1.2.

<sup>13</sup> Vgl. Rainer et al. (2013) aaO.

<sup>14</sup> Vgl. R. Valtin (2012): Auf dem Weg zu einer besseren Schule – bildungspolitische Folgerungen aus der 2. JAKO-O-Bildungsstudie. In: Killus, D./Tillmann, K.-J. (Hrsg.): Eltern ziehen Bilanz. Ein Trendbericht zu Schule und Bildungspolitik in Deutschland. Die 2. JAKO-O-Bildungsstudie. – Münster: Waxmann, S. 169 – 184.

<sup>15</sup> Vgl. R. R. Rindfuss, D. K. Guilkey, S. P. Morgan, O. Kravdal (2010). Child-care availability and fertility in Norway. *Population and development review*, 36 (4), 725-748. E. Mörk, A. Sjögren, H. Svaleryd (2013). Childcare costs and the demand for children - evidence from a nationwide reform. *Journal of Population Economics*, 26, 33-65.

Die Schätzergebnisse ergeben, dass ein Ausbau der Betreuungsplätze für unter 3-Jährige um 10 Prozentpunkte zu einem Anstieg der Fertilitätsrate (Anzahl der Geburten pro 1.000 Frauen im gebärfähigen Alter) von etwa 2,4 Prozent im Folgejahr und von etwa 3,5 Prozent zwei Jahre später führt. *Ceteris paribus* bedeutet das, dass die ursprünglich politisch angestrebte Erhöhung der Betreuungsquote auf 35 Prozent die Fertilitätsrate in Deutschland von 1.4 Kindern pro Frau auf circa 1.5 Kinder pro Frau ansteigen lassen würde. Um zu diesem Ergebnis zu kommen, vergleichen die Autoren nicht einfach Landkreise mit hoher Betreuungsquote mit Landkreisen mit niedriger Betreuungsquote. Da sich die Landkreise auch anhand anderer für den Forscher teils unbeobachteter Charakteristika unterscheiden, könnte man einen Unterschied in der Fertilitätsquote natürlich nicht ursächlich auf die Unterschiede in den Krippenquoten zurückführen. Auch eine einfache Betrachtung der Fertilitätsrate über die Zeit ließe keine Rückschlüsse über Effekte des Krippenausbaus zu, da sich neben der Krippenquote auch andere Dinge über die Zeit verändert haben, die die Fertilitätsrate beeinflusst haben könnten. Um diese Probleme zu umgehen, verwenden die Autoren einen Differenz-in-Differenzen-Ansatz, der sowohl generelle Jahreseffekte als auch jegliche zeitkonstanten Unterschiede zwischen Landkreisen herausrechnen kann. Alle Ergebnisse deuten darauf hin, dass eine verbesserte Kinderbetreuungsinfrastruktur tatsächlich auch die Entscheidungen junger Paare, ihre Kinderwünsche zu realisieren, positiv beeinflussen kann.<sup>16</sup>

Kein anderes Land in der OECD hat weniger Geburten pro 1000 Einwohner als Deutschland. Die Fertilitätsrate liegt in Deutschland seit Jahrzehnten deutlich unter 1,5 Kindern pro Frau und der Anteil der Frauen, die kinderlos bleiben, ist hoch, vor allem bei den westdeutschen Akademikerinnen. Fast jede dritte Akademikerin (30,9 Prozent) in Westdeutschland der Geburtsjahrgänge 1964-1968 ist kinderlos.<sup>17</sup> Internationale Vergleiche zeigen zudem, dass im Durchschnitt Länder mit höherer Frauenerwerbsquote zugleich höhere Fertilitätsraten aufweisen. Dies legt zumindest

---

<sup>16</sup> Vgl. Rainer et al. (2013) aaO. Vgl. S. Bauernschuster, T. Hener, H. Rainer (2013), Can Public Child Care Increase Birth Rates in a Low-Fertility Country?, ifo Working Paper Nr. 158.

<sup>17</sup> BMFSFJ (2012), Geburten und Geburtenverhalten in Deutschland, <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/Geburten-und-geburtenverhalten-in-D,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>.

nahe, dass diese beiden Größen nicht zwangsläufig in Konkurrenz zueinander stehen müssen. Weiterhin zeigen Umfragen, dass nur die wenigsten Paare ihre ursprünglich gewünschte Kinderzahl erreichen.<sup>18</sup> Der weitere Ausbau der Betreuungseinrichtungen für unter 3-jährige Kinder weist ein vielversprechendes Potential auf, diese Diskrepanz zwischen dem Wunsch nach Kindern und dessen Erfüllung zumindest etwas abzuschwächen.

### **Von qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung können Kinder profitieren – vor allem aus niedrigen Einkommensschichten**

Aus der bildungsökonomischen Forschung wissen wir, dass Bildungsinvestitionen in der frühen Kindheit höhere Renditen im Vergleich zu Bildungsinvestitionen in späteren Lebensjahren aufweisen.<sup>19</sup> Viele wissenschaftliche Studien belegen positive Effekte externer Kinderbetreuung nach dem vollendeten ersten Lebensjahr und insbesondere für Kinder aus Familien mit schwächerem sozio-ökonomischen Hintergrund.<sup>20</sup> Die Ergebnisse der Gesamtevaluation zeigen, dass Alltagsfertigkeiten von Kleinkindern, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, signifikant stärker ausgeprägt sind als bei Kindern, die erst ein Jahr später eine externe Betreuungseinrichtung besuchen. Untersuchungen von Grundschulkindern lassen auch auf einen mittelfristigen Effekt schließen. Kinder, die in ihren ersten drei Lebensjahren eine externe Betreuung erfahren haben, scheinen ein gefestigteres sozio-emotionales Verhalten an den Tag zu legen als ihre Mitschüler, die keine frühkindliche Einrichtung besucht haben. Allerdings nur wenn eine pädagogisch gute Betreuungsqualität gegeben ist.<sup>21</sup> Eine Qualitätsoffensive der öffentlichen Betreuungsangebote fordern auch die Autoren der jüngst veröffentlichten nationalen Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung

---

<sup>18</sup> Vgl. Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (2013), Geburten und Kinderwünsche in Deutschland: Bestandsaufnahme, Einflussfaktoren und Datenquellen, Mannheim. Vgl. M.R. Testa (2012), Family Sizes in Europe: Evidence from the 2011 Eurobarometer Survey.

<sup>19</sup> Vgl. J.J. Heckman (2006), "Skill formation and the economics of investing in disadvantaged children", *Science*, 312(5782), 1900-1902.

<sup>20</sup> Vgl. u.a. C. J. Ruhm (2004), Parental Employment and Child Cognitive Development, *The Journal of Human Resources* 39 (1), S. 155-192, oder C. L. II Baum (2003), Does Early Maternal Employment Harm Child Development? An Analysis of the Potential Benefits of Leave Taking, *Journal of Labor Economics* 21 (2), S. 409-448.

<sup>21</sup> Vgl. K.-U. Müller, C.K. Spieß, C. Tsiasioti, K. Wrohlich, E. Bügelmayer, L. Haywood, F. Peter, M. Ringmann, S. Witzke (2013): Evaluationsmodul Förderung und Wohlergehen von Kindern. DIW Berlin Politikberatung kompakt Nr.73.

in der frühen Kindheit (NUBBEK). Sie stellen fest, dass „das Durchschnittsniveau der Qualität pädagogischer Prozesse in Einrichtungen unbefriedigend ist“ und verbessert werden muss.<sup>22</sup>

Betrachtet man die andere Seite der Medaille, die Betreuung von Kleinkindern zu Hause anstelle von zeitweiser externer Betreuung, zeichnet sich ein komplementäres Bild ab. Das zum 1. August 2013 eingeführte Betreuungsgeld<sup>23</sup> setzt Anreize für Eltern, ihr Kind bis zum 3. Geburtstag zu Hause zu erziehen. Unter dem Deckmantel einer neuen Begrifflichkeit ist die neue Leistung nichts anderes als eine Verteuerung der Kinderbetreuungsplätze (oder eine Erhöhung des Kindergelds für das zweite und dritte Lebensjahr). Anhand einer Untersuchung der Einführung des Landes-Betreuungsgelds in Thüringen wurde empirisch sauber nachgewiesen, welche Effekte vom Betreuungsgeld zu erwarten sind: Nach der Einführung des Betreuungsgelds im Jahr 2005 stieg der Anteil der zweijährigen thüringischen Kinder, die zu Hause betreut werden, im Vergleich zu Kindern in anderen ostdeutschen Bundesländern, um etwa 20 Prozent an und ihre Mütter reduzierten ihr Arbeitsangebot. Es findet sich keinerlei Evidenz, dass Kinder von der Einführung des Betreuungsgelds profitiert hätten. Für 2-jährige Mädchen hatte die Einführung des Betreuungsgelds sogar messbare negative Effekte auf Sozialkompetenz und alltägliche Fertigkeiten. Das Betreuungsgeld wurde vor allem von bildungsfernen, einkommensschwachen Haushalten sowie von Alleinerziehenden genutzt.<sup>24</sup> Damit wurden aber genau die Kinder von externen Betreuungseinrichtungen ferngehalten, die am meisten von deren anregendem Bildungs- und Lernumfeld profitieren würden.<sup>25</sup> Auch die Autoren der NUBBEK-Studie warnen vor politischen Maßnahmen, die frühe bildungsrelevante Erfahrungen

---

<sup>22</sup> Vgl. W. Tietze, F. Becker-Stoll, J. Bense, A. G. Eckhardt, G. Haug-Schnabel, B. Kalicki, H. Keller, B. Leyendecker (Hrsg.) (2013), Nationale Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit (NUBBEK), Weimar – Berlin, S. 152.

<sup>23</sup> Zusammenfassender Artikel über das Betreuungsgeld siehe A. Fichtl, T. Hener und H. Rainer, "Betreuungsgeld", *ifo Schnelldienst* 65 (21), 2012, 38-44.

<sup>24</sup> Vgl. Ch. Gathmann, B. Saß (2012): "Taxing Childcare: Effects on Labor Supply and Children", IZA Discussion Paper, Nr. 6440.

<sup>25</sup> Vgl. Ch. Felfe, R. Lalive, (2013). "Early Child Care and Child Development: For Whom It Works and Why," SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 536, DIW Berlin, The German Socio-Economic Panel (SOEP).



von Kindern mit Migrationshintergrund oder aus besonderen Lebenslagen behindern. Diese seien kontraindiziert.<sup>26</sup>

## Fazit

Mit der Gesamtevaluation und deren Ergebnissen kann erstmals ein umfassendes Bild der wichtigsten familien- und ehopolitischen Leistungen und ihrer Wirkungen auf politisch festgelegte Ziele gezeichnet werden. Evidenzbasierte Wirkungsforschung, wie sie im Rahmen der Gesamtevaluation angewandt wurde, kann wichtige Grundlagen für politische Entscheidungen liefern. Die Ergebnisse der Gesamtevaluation zur öffentlich geförderten Kinderbetreuung lassen in der Gesamtschau das Statement zu, dass ein Engagement des Staates auf dem Gebiet der Kindertagesbetreuung sowohl den Eltern als auch den Kindern zu Gute kommt. Die Bereitstellung von Betreuungsangeboten unterstützt die Erfüllung von Erwerbswünschen von Müttern, erleichtert ihnen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wirkt positiv auf die wirtschaftliche Situation von Familien, ermutigt junge Paare, ihre Kinderwünsche zu realisieren und kann bei guter Qualität die (früh-)kindliche Entwicklung positiv beeinflussen. Öffentlich geförderte Kindertagesbetreuung ist damit die einzige aller untersuchten familienpolitischen Maßnahmen, die keine Zielkonflikte erkennen lässt, sondern substantiell positiv auf alle politisch vorgegebenen Ziele wirkt. Aus diesem Grund ist der weitere quantitative Ausbau von Kita-Plätzen mit Hilfe eines dritten Investitionsprogramms des Bundes zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für unter 3-jährige Kinder grundsätzlich positiv zu bewerten. Beim quantitativen Ausbau dürfen allerdings Qualitätsstandards nicht auf der Strecke bleiben. Bund und Länder müssen hier verstärkt zusammenarbeiten und neue Initiativen und Bundesprogramme auf den Weg bringen. Bei alledem darf die Betreuungssituation von Kindern im Schulalter nicht vergessen werden. Auch auf diesem Feld sind positive Wirkungen auf die Bildung der Kinder sowie auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Eltern zu erwarten.

---

<sup>26</sup> Vgl. Tietze et al. (2013) aaO.